

der I. und von Entwicklungsunterschieden, der Akzentsetzung auf Infrastrukturmaßnahmen und dem Wunsch nach einer stärkeren Legitimation des I.-Prozesses. Mit dem „Konsens von Buenos Aires“ (2003) hat sich auch der Mercosur zu einem Wachstumsmodell bekannt, das Wachstum mit sozialer Gerechtigkeit verbindet. Er hat sich damit einem der Basisprinzipien von ALBA und UNASUR angenähert. Jüngster i.-politischer Baustein ist schließlich die im Juni 2012 von Chile, Kolumbien, Mexiko und Peru gegründete Pazifik-Allianz. Sie bildet einen auf Freihandel abstellenden Gegenpol zu den von Brasilien dominierten UNASUR und Mercosur. Der EU bietet sich mit der CELAC nunmehr ein identifizierbarer Ansprechpartner, der jedoch die bestehenden I.-Regime Andengemeinschaft, Mercosur und UNASUR nicht ersetzt. Insgesamt befindet sich die lateinamerik. I. heute in einer Umbruchphase, in der neben Tendenzen in Richtung einer verstärkten Kooperation und I. solche der Fragmentierung stehen. Im Ergebnis stellt sich I. in LA heute als „heterodoxer Regionalismus“ (Alberto van Klaveren) dar, bei dem sich verschiedene Handlungsmuster, formale und informelle Kooperationsmechanismen, multilaterale und bilaterale Prozesse sowie regionale und subregionale Schemata überlagern. I. ist somit für viele Länder der Region ein „Menu à la carte“, nähert sich einer „variablen Geometrie“ an und folgt unterschiedlichen Geschwindigkeiten.

Klaus Bodemer

☞ Lit.: J. Husar: Neue Formen der Integration in Lateinamerika: Vom offenen Regionalismus zur Binnenorientierung?, in: Lateinamerika Analysen 17, Nr. 2 (2007), 83–99; H. Sangmeister: „América Latina es nuestra patria!“ Perspektiven regionaler Integration in Lateinamerika, in: P. Birtle; H. Sangmeister; D. Nolte (Hg.): Demokratie und Entwicklung in Lateinamerika, Frankfurt a. M. 2006, 283–310; J. A. Sanahuja: Regionalismo e integración en América Latina: balance y perspectivas, in: Pensamiento Iberoamericano (2010), Madrid, 75–105.

Internationale Beziehungen Ein zentrales Problem der internationalen Beziehungen LAs bestand lange Zeit in der Erfahrung von außen verweigerter Souveränität. Auch nach dem Ende der Kolonialzeit und der Etablierung unabhängiger Nationalstaaten kam es immer wieder zu Interventionen externer Mächte, zunächst vonseiten europ. Staaten, später vor allem durch die USA. Trotz dieser negativen externen Rahmenbedingungen konnte sich in Südamerika im Verlauf des 19. Jhs. ein relativ unabhängiges

System von zwischenstaatlichen Machtbeziehungen entwickeln. Dagegen litten Zentralamerika und der karibische Raum bis weit ins 20. Jh. unter der Einmischung externer Mächte. Zu einer großen Belastung für die zwischenstaatlichen Beziehungen in der gesamten Region wurden darüber hinaus die zahlreichen Territorialkonflikte. Während der Kolonialzeit hatte der genaue Grenzverlauf zwischen den kolonialen Verwaltungseinheiten keine besondere Rolle gespielt, nach der Unabhängigkeit verursachte die Festlegung der Staatsgrenzen jedoch zahlreiche Konflikte. So führte im Laplata-Raum der Streit um die Banda Oriental zwischen Argentinien und Brasilien 1825 zu einem Krieg und nach internationalen Vermittlungen 1828 zur Umwandlung des Gebiets in einen eigenständigen Staat, das heutige Uruguay. Im Krieg der „Dreierallianz“ gegen Paraguay (1865–1870) kooperierten argentinische und brasilianische Truppen mit denen Uruguays. Argentinien und Brasilien sicherten sich nach dem Sieg bedeutende Territorialzuwächse auf Kosten des vernichtend geschlagenen Paraguay. Auch im pazifischen Südamerika waren die zwischenstaatlichen Beziehungen während des 19. Jhs. durch Territorialkonflikte und Machtkämpfe gekennzeichnet. Im Zentrum standen dabei die Auseinandersetzungen zwischen Chile, Bolivien und Peru. Durch den Sieg im Pazifikkrieg (1879–84) sicherte sich Chile territoriale Zugeständnisse seiner Nachbarländer Peru und Bolivien, die bis zum heutigen Tag die Beziehungen zwischen den drei Ländern belasten. Insbesondere in Bolivien führte der Verlust des Zugangs zum Meer zu einem nationalen Trauma. Weitere Konflikte ergaben sich seit dem letzten Drittel des 19. Jhs. zwischen Chile und Argentinien über wechselseitige Gebietsansprüche in Patagonien. Brasilien, das über die längste Außengrenze und die höchste Anzahl von Nachbarstaaten in Südamerika verfügt, gelang es unter seinem Außenminister Rio Branco (1902–1912), fast alle seit der Unabhängigkeit offenen Grenzfragen mit seinen Nachbarn zu lösen. Im Zuge von Verhandlungen mit Bolivien, Peru, Venezuela, Kolumbien und Uruguay verzeichnete das Land Gebietszugewinne, die insgesamt etwa der Größe Frankreichs entsprachen.

Im 20. Jh. kam es in LA nur zu wenigen größeren militärischen Auseinandersetzungen. Dazu gehörten der Chaco-Krieg zwischen Bolivien und Paraguay (1931–1935), der Leticia-Konflikt zwischen Peru und Kolumbien (1932) sowie die Kriege zwischen Peru und Ecuador (1939–41,

1981 und 1995). 1978 konnte ein drohender Krieg zwischen Chile und Argentinien erst im letzten Moment vermieden werden, 1987 sowie nochmals 1993 eskalierten die Auseinandersetzungen zwischen Venezuela und Kolumbien. Die Androhung des Einsatzes militärischer Gewalt blieb somit bis ins letzte Drittel des 20. Jhs. ein Mittel der lateinamerik. Außenpolitiken. Demgegenüber konnten in den vergangenen drei Jahrzehnten einige territoriale Konflikte dauerhaft überwunden werden (Ecuador – Peru; Chile – Argentinien) und auch die traditionelle Rivalität zwischen Argentinien und Brasilien wich einer konstruktiven bilateralen Zusammenarbeit. Andere Territorialstreitigkeiten existieren bis heute, sie betreffen v. a. die Beziehungen Chile – Peru, Chile – Bolivien, Venezuela – Kolumbien und Venezuela – Guyana. Zum Teil hat sich der Charakter dieser Dispute durch rechtliche und technologische Entwicklungen verändert. Die Entwicklung neuer Fördertechnologien ermöglicht heute die Ausbeutung von maritimen Ressourcen auf eine Art und Weise, wie sie vor einigen Jahrzehnten noch unvorstellbar gewesen wäre, zumal sich angesichts weltweit steigender Energiepreise inzwischen auch die Ausbeutung von Reserven wirtschaftlich rechnet, die früher völlig unrentabel gewesen wäre. Konflikte über den Verlauf der gemeinsamen Seegrenzen wie die zwischen Kolumbien und Venezuela oder zwischen Chile und Peru erhalten angesichts solcher Entwicklungen eine neue Dynamik.

Die zwischenstaatlichen Beziehungen in LA haben sich seit den Demokratisierungsprozessen der 1980er-Jahre intensiviert und verdichtet. Galten die außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Prioritäten traditionell nicht den jeweiligen Nachbarländern, sondern externen Mächten wie Europa und den USA, so ist die regionale Zusammenarbeit inzwischen für viele Länder zu einer Priorität geworden. In Bereichen wie Handel, Technologie und Innovation, Energie- und Umweltpolitik, Migration, Anpassung an den globalen Klimawandel und Bekämpfung neuartiger Sicherheitsbedrohungen bestehen vielfältige Möglichkeiten für eine intensiverte Zusammenarbeit auf subregionaler und regionaler Ebene. Die innerlateinamerik. Beziehungen zeichnen sich heute durch eine Dynamik aus, die gleichermaßen von vielfältigen neuen Impulsen und Ansätzen der Zusammenarbeit als auch von Fragmentierungstendenzen gekennzeichnet ist. Welche Tendenzen sich mittel- und langfristig durchsetzen werden,

hängt u. a. davon ab, ob eine Verstärkung und verstärkte Institutionalisierung der Zusammenarbeit gelingt. Bislang fehlt den regionalen Kooperations- und Integrationsansätzen (↗ Integration) oft die notwendige Kontinuität. Die schrittweise Institutionalisierung von Mitwirkungsmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche und privatwirtschaftliche Akteure sowie für dezentrale Träger könnte dem entgegenwirken. Sie würde zudem auch die gesellschaftliche Legitimation der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit stärken, an der es bis heute oft mangelt.

Seit der Zurückdrängung der europ. Kolonialmächte von Anfang des 19. Jhs. an betrachteten die USA LA und die Karibik als ihre natürliche Einflussphäre. Der Subkontinent wurde für die Vereinigten Staaten zu einem zentralen Element ihres Aufstiegs zu einer internationalen Macht: Hier brachten sie ihre eigenen imperialen Ansprüche zum Ausdruck. Als Rechtfertigungsgrundlage der expansionistischen Politik diente die *manifest-destiny*-Ideologie – die Vorstellung, es sei die „offenkundige Bestimmung“ der USA, den Kontinent ihrem eigenen politischen Modell und Lebensstil anzupassen. Mit der Monroe-Doktrin von 1823 formulierten die USA die bis weit ins 20. Jh. gültige geopolitische Maxime, der amerik. Kontinent sei in Zukunft für alle „außeramerik.“ Mächte tabu. Nach dem Ende des 2. WK definierten die USA ihre LA-politik zunehmend in den bipolaren Kategorien des Kalten Krieges. Die Haltung gegenüber der Region folgte in erster Linie geopolitischen und ideologischen Zielen und hatte sich den Spielregeln des *global containment* unterzuordnen (↗ USA-Lateinamerika; ↗ Imperialismus).

Während es in den 1990er-Jahren zunächst so aussah, als ob die politische und ökonomische Vormachtstellung der USA in der Westlichen Hemisphäre auch nach dem Ende des Kalten Krieges erhalten bleiben würde, deutet sich seitdem eine schrittweise Emanzipation gegenüber dem einstigen Hegemon an. Das von den USA vorgeschlagene Projekt einer gesamtameric. Freihandelszone „von Alaska bis Feuerland“ scheiterte am Widerstand seiner lateinamerik. Kritiker. Die von den USA dominierten Instanzen des Inter-Amerik. Systems (↗ OAS) sind mit einem wachsenden Bedeutungsverlust konfrontiert. Demgegenüber kam es im vergangenen Jahrzehnt zur Gründung neuer lateinamerik. Kooperationsinstitutionen wie CELAC (Gemeinschaft der Lateinamerik. und Karibischen Staaten) und UNASUR (Union Südamerik. Nationen), bei denen eine Mit-

gliedschaft der USA explizit ausgeschlossen ist (✓ Integration). Für viele lateinamerik. Länder sind die USA nach wie vor der wichtigste oder zumindest ein zentraler Handelspartner und Investor, aber in politischer Hinsicht gehen sie zunehmend eigenständige Wege.

Die Beziehungen zwischen LA und Europa wurden zunächst durch die jh.lange Kolonialherrschaft geprägt. Nach der Unabhängigkeit versuchten verschiedene europ. Mächte bis weit ins 19. Jh. hinein, in LA imperiale Machtansprüche durchzusetzen. Vom letzten Drittel des 19. Jhs. an bis zum 2. WK wurde LA dann zum Ziel für Mio. europ. Auswanderer und Flüchtlinge (✓ Bev.). Bis zum 1. WK stellten europ. Länder, allen voran Großbritannien, LAs wichtigste Quelle für Kapital, Investitionen und Technologie dar. Nach dem 2. WK und in der Zeit des Kalten Krieges erhofften sich viele lateinamerik. Regierungen von den Beziehungen mit Europa die Möglichkeit, ihre Außenbeziehungen zu diversifizieren und ein Gegengewicht zu den USA zu schaffen. Europa seinerseits sah LA als eine Entwicklungsregion, in der die eigenen Werte und Politiken reproduziert werden könnten. Seit den 1990er-Jahren etablierten die beiden Regionen einen regelmäßigen politischen Dialog, von dem man sich eine strategische Zusammenarbeit erhoffte. Europa ist für viele lateinamerik. Länder bis heute ein wichtiger Handels- und Investitionspartner, in relativer Hinsicht haben die Wirtschaftsbeziehungen mit Europa jedoch für LA an Bedeutung verloren. Angesichts der Eurokrise hat das europ. Integrationsmodell, das seit den 1950er-Jahren als Vorbild für verschiedene regionale Integrationsprozesse in LA galt, an Attraktivität verloren. Europa wird heute in LA immer weniger als eine Region wahrgenommen, von der man sich Unterstützung bei der Lösung der eigenen Probleme erhofft, die stattdessen zunehmend als Quelle von Problemen auf globaler Ebene gesehen wird.

Viele lateinamerik. Regierungen bemühen sich in den vergangenen Jahren um eine Ausweitung ihrer Beziehungen mit Asien. Dies findet seinen Ausdruck nicht nur im exorbitant gewachsenen Handelsaustausch mit China und Indien und in bilateralen Freihandelsabkommen zwischen Ländern aus beiden Regionen, sondern auch in der Mitgliedschaft mehrerer lateinamerik. Länder in der Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC) sowie in der im Juni 2012 von Chile, Kolumbien, Peru und Mexiko gegründeten Pazifikallianz. Die intensivierten Beziehungen mit Asien sind aus lateinamerik.

Perspektive die logische Konsequenz einer Verschiebung des weltwirtschaftlichen Gravitationszentrums hin zu den Schwellenländern. Sie sind darüber hinaus auch Teil eines neuen lateinamerik. Interesses an verstärkten Süd-Süd-Beziehungen. Vor allem Brasilien hat in dieser Hinsicht in den vergangenen Jahren zahlreiche Initiativen entfaltet, angefangen von seiner Zugehörigkeit zu den BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) und zu der IBSA-Gruppe (Indien, Brasilien, Südafrika) bis hin zu seinem verstärkten Engagement als entwicklungspolitischer Geber in afrikanischen Ländern. Zusammenfassend kann konstatiert werden, dass sich die internationalen Beziehungen LAs gegenwärtig durch vier zentrale Tendenzen auszeichnen. Erstens emanzipiert sich LA in wachsendem Maße gegenüber seinen traditionellen Hegemonialmächten/Partnern Europa und USA und wendet sich auf pragmatische Art und Weise neuen Partnern zu (Asien, Süd-Süd-Beziehungen). Zweitens haben sich die innerlateinamerik. Beziehungen – sowohl zwischen einzelnen Ländern als auch im Rahmen multilateraler Abkommen – enorm verdichtet. Neben den Regierungen als traditionell wichtigsten außenpolitischen Akteuren treten dabei zunehmend auch zivilgesellschaftliche Akteure grenzüberschreitend in Aktion. Drittens haben die wirtschaftlichen und sozialen Erfolge der vergangenen Jahre sowie die politischen Kräfteverschiebungen hin zu fortschrittlich orientierten Parteien und Bewegungen zu einem neuen außenpolitischen Selbstbewusstsein vieler lateinamerik. Länder geführt, das sich in einer kritischen Haltung gegenüber den USA und Europa und in Forderungen nach mehr Mitbestimmung bei der Gestaltung der globalen Beziehungen niederschlägt. LA ist somit inzwischen zumindest ansatzweise auf dem Weg, von einem *rule taker* zu einem *rule maker* auf internationaler Ebene zu werden. Viertens verfügt LA mit Brasilien über ein Land, das aufgrund seiner wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungserfolge und seiner außenpolitischen Aktivität in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu einem *global player* aufgestiegen ist. Die aktive Rolle Brasiliens sowohl im Hinblick auf die regionale Zusammenarbeit und Integration als auch auf globaler Ebene hat zu Dynamiken geführt, die noch gegen Ende des 20. Jhs. kaum jemand für möglich gehalten hätte.

Peter Birle

□ Lit.: P. Birle: „Zwischenstaatliche Konflikte in Südamerika vom 19. Jh. bis heute. Ursachen, Lösungsansätze,

Perspektiven“, in: L. Mark, E. G. Fritz (Hg.): Lateinamerika im Aufbruch. Eine kritische Analyse, Oberhausen 2009, 123–136; D. Boersner: Relaciones internacionales de América Latina. Breve historia, Caracas 1990; D. Wollrad, G. Maihold, M. Mols, (Hg.): La agenda internacional de América Latina: entre nuevas y viejas alianzas, Buenos Aires 2011.

Jugend (s. Kindheit/Jugend)

Kalter Krieg (s. Internationale Beziehungen)

Katholische Kirche Die Geschichte des Christentums in LA beginnt mit Christoph Kolumbus, der im Auftrag der „kath. Könige“ Spaniens, Isabella und Ferdinand, einen Seeweg nach Indien suchte und am 12. Oktober 1492 eine karibische Insel betrat. Sowohl die span. Krone als auch die Eroberer strebten zwar nach materiellen Vorteilen (Gold) und der Ausweitung ihres Machtbereichs, aber zugleich wollten sie die „Indios“ zum Christentum bekehren. Schon auf seiner zweiten Reise (seit 1493) wurde Kolumbus von Priestern und Ordensleuten begleitet, es kam aber auch bereits zu gewaltsamen Auseinandersetzungen und zur Versklavung von Indigenen. Eine gezielte Missionstätigkeit setzte mit der Niederlassung des Franziskanerordens wenig später seit 1500 ein.

Als 1510 auch der Dominikanerorden seine Tätigkeit aufnahm, führten Predigten eines seiner Mitglieder (Antonio de Montesinos), der scharf gegen die unmenschliche Behandlung und das Massensterben der indigenen Bev. protestierte, zum ersten Konflikt mit den Kolonisten. Bartolomé de Las Casas war von diesen Predigten so beeindruckt, dass er sich von seinem Grundbesitz und seinen Leibeigenen trennte und zum schärfsten Kritiker der span. Herrschaft wurde. Während die Eroberung und Kolonialisierung der „neuen Welt“ und die damit verbundene Unterdrückung von der kath. Kirche insgesamt gerechtfertigt wurden, gab es also von Beginn an auch kirchliche Kräfte, die für die Rechte der indigenen Völker eintraten, unter ihnen auch der in Salamanca (Spanien) lehrende Dominikaner Francisco de Vitoria. Sie erreichten, dass Papst Paul III. 1537 in seiner Bulle „Sublimis Deus“ die Versklavung der Indigenen verbot und der span. König und deutsche Kaiser Karl V. 1542 die „neuen Gesetze“ zum Schutz der Indigenen erließ. Allerdings wurden diese Gesetze vor Ort oft nicht eingehalten, weil die Siedler – weit entfernt von Spanien und Por-

tugal – ihre Interessen mit Gewalt durchsetzten und die span. und die port. Krone ihnen nicht Einhaltung geboten. Allein in den vor allem von Jesuiten betreuten „Reduktionen“ (Indianerschutzsiedlungen) in den span.-port. Grenzregionen in Südamerika konnten christliche Ideale zeitweise, nämlich bis zur Vertreibung der Jesuiten 1767, verwirklicht werden (♣ Sklaverei; ♣ Indigene; ♣ *encomienda*).

Die Errichtung der ersten Bistümer folgte sehr schnell auf die Eroberungen, z. B. schon 1511 Santo Domingo, 1513 Panamá, 1525 Puebla (Mexiko), 1536/7 Cuzco (Peru) und 1551 Salvador da Bahia (Brasilien). Während der über dreihundert Jahre dauernden ♣ Kolonialzeit legitimierte die k. Religion im Großen und Ganzen die streng hierarchisch gegliederte koloniale Gesellschaft, in die die Indigenen und die afrikanischen Sklaven als unterste „Kasten“ integriert waren. Kirchliche Ämter blieben weitgehend den Weißen vorbehalten. Durch das Patronatsrecht hatten die staatlichen Instanzen der Mutterländer großen Einfluss auf die k. K., insbesondere auf die Ernennung von Bischöfen. Der iberische Katholizismus des 16. und 17. Jhs. ermöglichte es vielen Indigenen aber auch, ihre eigenen altamerik. Religionen mit k. Frömmigkeit, insbesondere der Heiligen- und Marienverehrung, zu verbinden, sodass sich synkretistische Formen von Volksreligiosität entwickelten. Die Marien-Wallfahrtsstätte Guadalupe wurde auf dem Tepeyac-Hügel in Mexiko-Stadt errichtet, wo die Azteken vorher die Muttergottheit Coatlicue verehrt hatten. Die Gründungslegende berichtet von einer auf das Jahr 1531 datierten Erscheinung Mariens vor dem Indigenen Juan Diego, wodurch sich die indigenen Völker insgesamt religiös aufgewertet fühlten.

Einflüsse der Aufklärung, der nordamerik. Unabhängigkeit und der Franz. Revolution führten Anfang des 19. Jhs. zu ♣ Unabhängigkeitsbestrebungen, die vom niederen Klerus oft unterstützt, vom höheren Klerus jedoch meist bekämpft wurden. Bspw. waren die Anführer der mexikanischen Unabhängigkeitsbewegung, Miguel Hidalgo und José María Morelos, k. Priester; sie wurden exkommuniziert und hingerichtet. Da die Bischöfe auf der Seite der Kolonialherren standen, gewannen innerhalb der letztlich siegreichen Unabhängigkeitsbewegungen die antiklerikalen Kräfte die Oberhand. In den meisten Ländern standen sich über das gesamte 19. Jh. hinweg konservative Kräfte aus K. und Großgrundbesitz antiklerikalen „libera-